



Rauf mit den AHV-Renten!

Mit «AHV21» hatte bereits der Bundesrat eine Abbauvorlage zulasten der Frauen vorgelegt. Die bisherigen Beschlüsse von Stände- und Nationalrat haben die Vorlage weiter ausgehöhlt. Die Erhöhung des Frauenrentenalters mit den damit einhergehenden Rentenkürzungen sowie das finanzielle Aushungern des wichtigsten Sozialwerks der Schweiz sind inakzeptabel. Die SP Schweiz ist gerüstet für einen Referendumskampf, gemeinsam mit allen sozial fortschrittlichen Kräften in diesem Land.

Die Heraufsetzung des Rentenalters ist angesichts der Arbeitsmarktsituation nicht nur realitätsfremd, sondern beinhaltet lebenslange Rentenkürzungen. Als Jubiläumsgeschenk zum von den Schweizer Männern vor 50 Jahren gewährten Frauenstimm- und Wahlrecht haben die eidgenössischen Räte die finanziellen Mittel zur Abfederung der Renteneinbussen massiv zusammengestrichen.

Die Absicht der bürgerlichen Parteien in Bundesbern ist klar: Rauf mit dem Rentenalter der Frauen als erster Schritt, damit anschliessend das Pensionsalter für alle munter hochgeschraubt werden kann. Damit einhergehend Rentenkürzungen, vorerst mal für die Frauen. Die AHV soll zudem finanziell ausgehungert werden, indem die notwendige Zusatzfinanzierung möglichst knappgehalten wird. So soll der Druck aufrechterhalten werden, um in Bälde weitere Leistungskürzungen für Frauen und Männer legitimieren zu können. Darauf kann die SP nicht anders als mit einem Referendum antworten.

Die Bundesverfassung schreibt existenzsichernde AHV-Renten vor. Doch von der AHV allein kann bisher niemand leben. Ein Viertel der Rentnerinnen kann heute nur auf die AHV-Rente zählen und doppelt so viele Frauen als Männer müssen Ergänzungsleistungen beantragen, um über die Runden zu kommen. Die Pensionskassenrenten sind seit 10 Jahren im Sinkflug. Länger arbeiten, mehr bezahlen und weniger Rente bekommen: Das ist die bittere Erkenntnis der in der letzten Dekade Pensionierten und der kommenden Rentengenerationen. Die 2. Säule schliesst immer noch zahlreichen Menschen aus: Wer wenig verdient, im Tieflohnsektor arbeitet oder mehrere Teilzeitjobs bei verschiedenen Arbeitgebern ausübt, hat keinen Anschluss an eine Pensionskasse. Ein Drittel der Frauen hat heute keine PK-Rente.

Dass Teilzeitarbeit eine Rentenfalle ist, erfahren insbesondere die 60 Prozent Frauen, die heute, grossmehrheitlich wegen fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen, in einem Teilzeitpensum erwerbstätig sind. So erstaunt es nicht, dass sie keiner Vorsorgeeinrichtung angeschlossen sind, sich oft mit mickrigen Pensionskassenrenten abfinden müssen und ihre Rente im Schnitt halb so hoch ist, wie diejenige der Männer.

Im Tieflohnsektor sind Frauen übervertreten, dazu gehören auch zahlreiche Migrantinnen. In der bezahlten Sorgearbeit (Care Arbeit) werden Pflege- und Betreuungsleistungen zum grössten Teil von Frauen geleistet, auch hier von zahlreichen Arbeitnehmenden mit Migrationshintergrund in prekären Anstellungsbedingungen und zu minimalen Löhnen.

Das faktische Rentenalter ist bereits heute tiefer als das gesetzliche, weil die arbeitsmarktlichen und in vielen Branchen die gesundheitlichen Voraussetzungen für ältere Arbeitnehmende nicht gegeben sind. Insbesondere Frauen ziehen sich vor Erreichen des ordentlichen Rentenalters aus dem Erwerbsleben zurück, um die Lücken im Service public, wie Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen oder Bekannten, zu füllen. Die unbezahlte Sorgearbeit in unserer Gesellschaft wird zu zwei Dritteln von Frauen geleistet und hat einen monetären Wert von 248 Milliarden Franken im Jahr. Diese Arbeit, ohne die unser gesellschaftliches Zusammenleben und die Wirtschaft gar nicht funktionieren würden, schlägt sich jedoch ungenügend in der Altersvorsorge nieder. Die AHV ist die einzige Sozialversicherung, die mit den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften immerhin eine Honorierung im Rentensystem vorsieht.

Die Altersvorsorge vergisst nichts: Tiefe Löhne, Teilzeitarbeit und unbezahlte, aber gesellschaftlich notwendige Arbeit führen zu einer schlechteren Absicherung in der Altersvorsorge.

Ein Altwerden in Würde und finanzieller Sicherheit für alle darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Die AHV-Renten müssen rauf: Es ist höchste Zeit, den Bundesverfassungsauftrag in die Realität umzusetzen. Die SP Schweiz ist erfreut, dass die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente als Gegenprojekt zu allen Abbauplänen bei der AHV erfolgreich eingereicht wurde.